



öffentlich

Betreff:

Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung an den Veränderungsmaßnahmen der Zeppelinstraße

Einreicher: Fraktion Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	Erstellungsdatum	26.02.2015
	Eingang 922:	26.02.2015

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
04.03.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die geplanten Maßnahmen an der Zeppelinstraße zur Reduzierung der Schadstoffemissionen vorher der Stadtverordnetenversammlung zur Zustimmung vorzulegen.

gez. P. Schultheiß
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Maßnahmen, mit der die Verwaltung die Schadstoffemissionen, insbesondere Stickstoffdioxid, auf der Zeppelinstraße zu reduzieren beabsichtigt, werden zur Zeit intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert. Dabei wird der Baubeigeordnete in einer Potsdamer Tageszeitung dahingehend zitiert, dass er zwar bereit sei, mit den Stadtverordneten zu diskutieren, aber „abstimmen sollen sie nach seiner Auffassung nicht“.

Mit diesem Beschluss soll sichergestellt werden, dass bei diesen weitgreifenden Maßnahmen die gewählten Vertreter der Bevölkerung nicht übergangen werden.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Bewohner der Brandenburger Vorstadt sollen noch im März bei einer Bürgerversammlung informiert werden. Es ist nicht mit letzter Sicherheit auszuschließen, dass danach (noch vor der April-Sitzung der SVV) die Vorstellungen des Baubeigeordneten ohne Zustimmung der SVV umgesetzt werden. Insofern ist ein solcher Beschluss nicht bis zur April-Sitzung aufschiebbar.